

Bundesnetzagentur  
Bonn  
Tulpenfeld 4  
D-53133 Bonn  
Germany

Office/Department  
Center for Supply

Date  
14. February 2020

J nr. 2020 - 2516

/CNO

### **Antwort der Dänischen Energie Agentur**

Die Dänische Energie Agentur ist zusammen mit dem Klima-, Energie-, und Versorgungsministerium die deutsche Anhörung und Sonderfallantrag bezüglich Nord Stream 1 durchgegangen.

Die Agentur hat soweit es dem beigefügten Material des Antragstellers sich beziehend der ökonomischen Analysen u.a.m. betrifft keine Bemerkungen.

Die Agentur heftet sich jedoch an die Darstellung des Falles von dem Antragsteller gegenüber der deutschen Behörde. Die Agentur soll hierbei die Aufmerksamkeit der deutschen Behörde und dabei ebenfalls des Antragstellers auf eine Reihe faktische Fehler und Mangel hinleiten.

Die Agentur fühlt sich dazu veranlasst folgendes zu bemerken, zu welches die Agentur die deutsche Behörde auffordert, während der Bearbeitung des Antrags, im Sinn zu behalten.

#### **1. Rechtlich technische Fehler und Mangel**

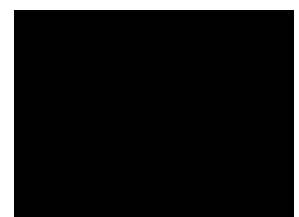
Die Agentur kann sich einleitend die Bemerkung des Antragstellers, dass jeder Mitgliedsstaat ein integrierter Teil des Europäischen Binnenmarkt ist, anschließen, auf Grund welche eine Gegensätzlichkeit zwischen der EU und einen gegebenen Mitgliedsstaat keinen Sinn ergibt, oder im Übrigen nicht erwünscht ist<sup>1</sup>. Die Agentur findet, dass genau dieser Satz ein breiteres und mehr generelles Prinzip beinhaltet und artikuliert, welches die Agentur meint sei ein Eckstein in jeder Gemeinschaftsregel. Es ist jedoch zu bemerken, dass die Bemerkungen des Antragstellers in einem anderen Kontext gegeben sind als die Frage des geografischen Anwendungsbereichs der Regeln der Gasdirektive.

In der Darstellung des Antrags benutzt der Antragsteller generell eine Reihe juristische Unterscheidungen. Die dänische Energie Agentur ist grundsätzlich uneinig in der Darstellung des Falles, und dass es gemäß dem Antragsteller sich um neue Regeln handelt.

---

<sup>1</sup> Unter anderem Seite 27/59 der Antrag des Antragstellers.

Danish Energy Agency



### 1.1 Betreff Unterscheidung zwischen onshore und offshore<sup>2</sup>

Der Antragsteller benutzt eine Unterscheidung zwischen onshore-Röhrenleitung und offshore-Röhrenleitung, welche es scheint, dass der Antragsteller als ein Verhältnis auffasst, dass Anlass zur materiell verschiedene Regeln für beziehungsweise onshore- und offshore-Röhrenleitung gibt. Die Agentur findet Anlass die dänische Implementierung der Gasdirektive hervorzuheben, welche in dem gesamten dänischem Gebiet Anwendung findet. Das heißt auf Land, in Küstengewässer, in der exklusiven ökonomischen Zone und auf dem dänischen Kontinentalsockel. Das Anwendungsgebiet der dänischen Regeln unterstützt die generelle dänische Rechtstradition als ein maritimes Land und ein Land, dass aus einer Halbinsel sowie viele Inseln besteht. Die dänische Implementierung der Gasdirektive hat seit der Implementierung der ersten Gasdirektive von 1998 dasselbe geografische Ausmaß befolgt.

Aus Rücksicht auf die praktische Anwendung der Regeln, enthalten die dänischen Regeln in Übereinstimmung mit der dänischen Rechtstradition praktische, konkrete, gesetzlich festgesetzte Ausnahmen. Solche Ausnahmen sind von dem dänischen Parlament (Folketing) gegeben, da es beispielsweise infolge nichtexistierende Aktiven oder Aktivitäten, worüber dänische Behörden direkte Kontrolle haben, keine unmittelbar effektive Möglichkeit für dänische Behörden gibt die Handhabung zu sanktionieren. Es ist jedoch auch offensichtlich, dass Ausnahmen unter der Auffassung gegeben sind, dass gemeinsame Regeln von anderen Mitgliedsstaaten handgehoben werden.

Die Rechtstradition mit praktischen Ausnahmen ist durch eine generelle Ausnahme in der Gasmarktregulierung für Röhrenleitungen sowie Nord Stream 1 ausgedrückt.

Abschließend äußert die Agentur sich dazu, dass es in den gemeinsamen Regeln, die Gasdirektive, keine Unterscheidung zwischen onshore- und offshore-Röhrenleitungen gibt – es scheint, dass der Antragsteller die Unterscheidung zwischen dem Gassystem und dem Aufstromsröhrenleitungsnetz der Direktive missverstanden hat.

### 1.2 Betreff Transitländer/Transitröhrenleitungen<sup>3</sup>

Gemäß der Direktive 2009/73/EF über gemeinsame Regeln des Binnenmarkts für Erdgas, und wie zuletzt geändert bei Direktive 2019/692 über die Änderung der Direktive 2009/73/EF, hiernach »die Gasdirektive« gibt es den Begriff *Transitländer* oder *Transitröhrenleitungen* nicht. Die Agentur ist der Meinung, dass es sich in diesem Fall um eine darstellungstechnische kommunikative Betonung handelt, da der Begriff an sich keine materielle Bedeutung hat.

---

<sup>2</sup> Unter anderem auf Seite 11/59 im Antrag des Antragstellers.

<sup>3</sup> Unter anderem auf Seite 7/59 im Antrag des Antragstellers.

### 1.3 Betreff »keine Regeln«<sup>4</sup>

Die Agentur findet in keinem Fall, dass die Behauptung des Antragstellers, dass Nord Stream 1 an einem Zeitpunkt etabliert wurde, wo Koppelungslinien sowie Nord Stream 1 laut Antragsteller unter dem EU-Recht nicht reguliert sei – oder in jedem Fall von EU-Regeln befreit.

Die Agentur leitet noch einmal die Aufmerksamkeit der deutschen Behörde und dem Antragsteller auf die dänischen Regeln, die generelle Anwendung finden, und es seit der ersten Implementierung der Gasdirektive von 1998 getan hat. Wenn eine solche Behauptung unwidersprochen bleibt, findet die Agentur, dass es Anlass für einen Präzedenzfall und eine Praxis für unglückliche Rechtsansicht gibt.

### 1.4 Betreff Aufstromsrohrenleitungsgastransmissionssystem<sup>5</sup>

Der Antragseller benutzt den Begriff Aufstromsrohrenleitungsgastransmissionssystem<sup>6</sup>.

Der Begriff ist in Kontext mit der Gasdirektive inhaltslos, da das Aufstromsrohrenleitungsnetz und das Transmissionssystem unter der Gasdirektive zwei regulierte, jedoch rechtlich getrennte Größen sind.

Die Agentur ist der Meinung, dass es sich ausschließlich um darstellungstechnische kommunikative Begriffe handelt ohne materiellen Inhalt. Im Vergleich zu dem juristischen Antrag des Antragstellers auf Ausnahme von der Regulierung des Gasmarkts, findet die Agentur die Anwendung dieser Begriffe bedenklich im Verhältnis zu dem Risiko von Bildung von Präzedenz und Praxis.

### 1.5 Darstellung von internationales Recht in Küstengewässer<sup>7</sup>

Es scheint, dass der Antragsteller der Auffassung ist, dass Länder unter dem internationalem Recht, UNCLOS und anderes mehr, verhindert wären die Regulierung des Gasmarkts in Küstengewässer handzuhaben.

Demnach will die Agentur die Aufmerksamkeit auf das generelle Anwendungsgebiet der dänischen Regeln leiten, sowie die praktisch angegliederten Ausnahmen die bereits dargestellt wurden.

Mit anderen Worten findet die Agentur, dass der Antragsteller eine verkehrte Auffassung von den gültigen internationalen Regeln, der Implementierung von gemeinsamen Regeln sowie die Handhabungsmöglichkeit hat.

---

<sup>4</sup> Unter anderem auf Seite 36/59 im Antrag des Antragstellers.

<sup>5</sup> Unter anderem auf Seite 43/59 im Antrag des Antragstellers.

<sup>6</sup> Unter anderem auf Seite 10/59 im Antrag des Antragstellers.

<sup>7</sup> Unter anderem auf Seite 23/59 im Antrag des Antragstellers.

### 1.6 An-/Enlandeterminal

Der Antragsteller benutzt generell den Begriff » An-/Enlandeterminal «<sup>8</sup>.

Demnach will die Agentur anmerken, dass innerhalb dem Teil der Gasinfrastruktur, die gemäß der Gasdirektive »das System« betrifft (Art. 2 Nr. 13), keine rechtliche Anwendung des Begriffs existiert, und enthält keine materielle Bedeutung in dem, von dem Antragsteller, angewandten Zusammenhang. Der Antragsteller scheint die Abgrenzung der Kuppelungslinie zwischen Russland und Deutschland durch das »pipe to pipe«- Verständnis, und mit der Auffassung, dass es ganz natürlich sei eine solche Kuppelungslinie nach den sogenannten An-/Enlandeterminal zu regulieren.

Die Agentur heftet sich hierdurch an die in der Gasdirektive naheliegenden Begriffe wie »processing plant«, »terminal« oder »final landing terminal«. Diese Begriffe werden dazu verwendet die Gasinfrastruktur, die bereits von den Regeln der Gasdirektive umfasst sind, zu unterscheiden, besonders bezüglich das Aufstromsrohrenleitungsnetz und das Transmissionssystem. Es ist wie bekanntlich die Rede von Begriffen in der Gasdirektive, die rein EU-rechtlich zwei Regelgebiete, die in der Gasdirektive umfassen sind, durch die Begrenzung der Ausbreitung des Aufstromsrohrenleitungsnetzes zu »processing plant«, »terminal« oder »final landing terminal«, unterscheiden. Mit anderen Worten werden die „leichten“ Regulierungen (Aufstroms) der Gasdirektive und die „harten“ Regulierungen (das System) der Gasdirektive getrennt.

Die Agentur findet, dass man bei Kuppelungslinien grundsätzlich in Erwägung ziehen müsste wo der Kuppelungspunkt ist – entweder physisch oder virtuell. Die Agentur findet damit ebenfalls, dass es durch die Anwendung von dem Begriff » An-/Enlandeterminal « die Unterscheidung zwischen dem Europäischen Binnenmarkt und dem externen Markt, so wie der Antragsteller es darstellt nicht darauf Recht gestützt sei. Die Festlegung des Kuppelungspunktes folgen sonst, die von dem Gassystem verwendbaren Netzwerkcodes (die Red. Systemkode).

Die Agentur anerkennt, dass die Darstellung des Antragstellers ein gutes Verständnis gibt, was genau von der deutschen Behörde gewünscht wird. Die Agentur findet jedoch nicht, dass die Begriffsanwendung des Antragstellers an dieser Stelle mit den Regeln und Bestimmungen der Gasdirektive übereinstimmt, geschweige denn, dass die Begriffsanwendung für die deutsche Behörde in der Bearbeitung des Antrags brauchbar ist.

### 2. Argumente des Antragstellers

Der Antragsteller trägt mitunter eine Reihe Argumente vor, weshalb die deutsche Behörde, durch die Bearbeitung des Falles, zu einem bestimmten Ausfall gelangen

---

<sup>8</sup> Unter anderem auf Seite 10/59 im Antrag des Antragstellers.

soll. Die Agentur findet keinen Anlass die Bearbeitung des Falles von der deutschen Behörde zu kommentieren, die Agentur findet jedoch Anlass auf eine Reihe Ereignisse bezüglich der Argumente des Antragstellers hinzuweisen.

### 2.1 Betreff die kürzeste Route zur EU<sup>9</sup>

Der Antragsteller trägt vor, dass Nord Stream die kürzeste und direkteste Route zwischen der russischen Gasreserve und dem Europäischen Gasmarkt sei. Die Agentur ist der Meinung, dass dies nicht ganz der Wahrheit entspricht. Der Europäische Gasmarkt beginnt formell gesehen an der Grenze jedes Mitgliedsstaates. Geografisch gesehen ist Deutschland nicht das nächste Mitgliedsland.

Der Antragssteller scheint stattdessen zu meinen, dass die Route die nächste und direkteste Route zwischen der russischen Gasreserve und die größten gaskonsumierenden Mitgliedsstaaten sei – welches in der Natur der Sache etwas Anderes ist.

### 2.2 Betrifft die praktische Einwirkung<sup>10</sup>

Die Agentur bemerkt generell, dass die Frage der Anwendung der EU-Regeln in dem Zusammenhang der individuellen Rechtstradition der Mitgliedsstaaten für Gestaltung von Regeln gesehen werden soll. Ob eine Regel Anwendung findet, ungeachtet ob die von dem EU-Recht oder dem nationalen Recht stammt, hängt mit dem Zweck der Regel zusammen. Eine Regel kann in der Natur der Sache einen richtungsschaffenden oder einen präventiven Effekt für zukünftige Lagen haben oder bloß dazu dienen die Veröffentlichung und/oder die Transparenz in aktuellen Lagen zu sichern.

Der hinter liegende Betracht der EU-Regeln im Gassektor, ist eine generelle Regulierung des Markts, wo ausgerechnet der Betracht auf Transparenz die Gasdirektive durchdringt.

Der Antragsteller trägt vor, dass die EU-Regeln keine praktischen Einwirkungen haben werden, da auf Grund der Restriktionen in dem Russischen Ende vom Nord Stream 1, keinen reellen Grund für die Handhabung der Regeln existiert. Dass der Antragssteller sich daran heftet, dass die Regeln des Gasdirektives anscheinend keinen praktischen Effekt haben wird, hat an sich keine Einwirkung darauf, ob die Regeln zunächst einmal Anwendung finden oder nicht.

### 2.3 Betrifft Vor- und Nachteile der EU-Regeln<sup>11</sup>

Der Antragsteller trägt vor, dass es durch Sicherung der Befolgung der EU-Regulierung innerhalb des deutschen Geländes im Verhältnis zu Nord Stream 1

---

<sup>9</sup> Unter anderem auf Seite 12/59 im Antrag des Antragstellers.

<sup>10</sup> Unter anderem auf Seite 18/59 im Antrag des Antragstellers.

<sup>11</sup> Unter anderem auf Seite 20/59 im Antrag des Antragstellers.

keine Vorteile geben wird. Diesbezüglich nimmt die Agentur nicht selbständig Stellung, aber heftet sich stattdessen daran, dass die gemeinsamen Spielregeln gerade die Absicht haben gemeinsame Spielregeln zu erschaffen innerhalb das gesamte EU-Gebiet, wo jeder Mitgliedsstaat dafür verantwortlich ist die Befolgung zu sichern, und übrigens einen integrierten Teil von ist. Damit ist die Bemerkung des Antragstellers irrelevant im Verhältnis dazu, in wie fern die Regeln zunächst einmal Anwendung finden oder nicht.

#### 2.4 *Betriff Kontrolle über die Gasversorgungsquellen*<sup>12</sup>

Die Bemerkung des Antragstellers, dass es irrelevant sei, wer die Gasversorgungsquelle kontrolliert stimmt nicht mit dem generellen wettbewerbsrechtlichen Betracht in unter anderem der Gasdirektive überein. Der Betracht und der Zweck hinter der Liberalisierung von dem Gasmarkt ist gerade, dass ein dominierender Akteur die Preise nicht zu seinen Gunsten steuern und kontrollieren kann. Das ist einer der Grundpfeiler der Europäischen Energieregulierung.

Mit freundliche Grüßen

████████████████████  
████████████████████

---

<sup>12</sup> Unter anderem auf Seite 34/59 im Antrag des Antragstellers.